

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 17/3214 –

Sozialen Fortschritt und regionale Integration in Lateinamerika unterstützen

A. Problem

Das Lateinamerikakonzept der Bundesregierung bedarf nach Auffassung der Antragsteller in zweierlei Hinsicht der Überarbeitung. Erstens sei es zu einseitig auf wirtschaftliche Interessen Deutschlands und der lateinamerikanischen Eliten ausgerichtet. Die Rohstoffbeschaffung für die deutsche Industrie sowie Außenhandelsinteressen stünden zu sehr im Vordergrund. Gleichzeitig würden Maßnahmen zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas, z.B. Sozialprogramme zur Armutsbekämpfung und entwicklungspolitische Süd-Süd-Kooperationen, ausgeblendet oder gar unterlaufen. Diese Entwicklungen verdienen nach Auffassung der Antragsteller aber gerade deswegen Unterstützung, weil sie nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise dringend benötigte Alternativen zur gegenwärtigen neoliberalen Wirtschaftsordnung aufzeigen könnten. Zweitens leiste das Konzept der Bundesregierung keine Unterstützung zu den demokratischen Verfassungsprozessen in Bolivien, Ecuador und Venezuela und schweige zur problematischen Situation der Menschenrechte in manchen Partnerländern. So gehörten in Kolumbien und Mexiko Repressalien gegen Aktivisten und Gewerkschafter zur Tagesordnung. In Honduras sei es im Rahmen des Putsches von 2009 zu eklatanten Menschenrechtsverstößen gekommen, die gegenüber Regimegegnern nach wie vor andauern.

Der Deutsche Bundestag wird gebeten, die Bundesregierung unter anderem aufzufordern, ihm ein überarbeitetes Lateinamerikakonzept vorzulegen, das diese Gesichtspunkte aufgreift, innerhalb der Europäischen Union (EU) die Initiative für eine entwicklungsförderliche Neuverhandlung der Wirtschaftsabkommen sowie für die Einrichtung eines Kompensationsfonds zu ergreifen, und sich für den Schutz der Menschenrechte in Lateinamerika einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/3214 abzulehnen.

Berlin, den 16. Januar 2013

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Dr. Egon Jüttner
Berichterstatter

Dr. Rolf Mützenich
Berichterstatter

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Hans-Christian Ströbele
Berichterstatter

elektronische Vorab-Fassung*

Bericht der Abgeordneten Dr. Egon Jüttner, Dr. Rolf Mützenich, Dr. Rainer Stinner, Wolfgang Gehrcke und Hans-Christian Ströbele

A. Allgemeiner Teil

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/3214** in seiner 149. Sitzung am 15. Dezember 2011 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage/n

Das Lateinamerikakonzept der Bundesregierung bedarf nach Auffassung der Antragsteller in zweierlei Hinsicht der Überarbeitung. Erstens sei es zu einseitig auf wirtschaftliche Interessen Deutschlands und der lateinamerikanischen Eliten ausgerichtet. Die Rohstoffbeschaffung für die deutsche Industrie sowie Außenhandelsinteressen stünden zu sehr im Vordergrund. Gleichzeitig würden Maßnahmen zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas, z.B. Sozialprogramme zur Armutsbekämpfung und entwicklungspolitische Süd-Süd-Kooperationen, ausgeblendet oder gar unterlaufen. Diese Entwicklungen verdienen nach Auffassung der Antragsteller aber gerade deswegen Unterstützung, weil sie nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise dringend benötigte Alternativen zur gegenwärtigen neoliberalen Wirtschaftsordnung aufzeigen könnten. Zweitens leiste das Konzept der Bundesregierung keine Unterstützung zu den demokratischen Verfassungsprozessen in Bolivien, Ecuador und Venezuela und schweige zur problematischen Situation der Menschenrechte in manchen Partnerländern. So gehörten in Kolumbien und Mexiko Repressalien gegen Aktivisten und Gewerkschafter zur Tagesordnung. In Honduras sei es im Rahmen des Putsches von 2009 zu eklatanten Menschenrechtsverstößen gekommen, die gegenüber Regimegegnern nach wie vor andauern.

Der Deutsche Bundestag wird gebeten, die Bundesregierung unter anderem aufzufordern, ihm ein überar-

beitetes Lateinamerikakonzept vorzulegen, das diese Gesichtspunkte aufgreift, innerhalb der Europäischen Union (EU) die Initiative für eine entwicklungsförderliche Neuverhandlung der Wirtschaftsabkommen sowie für die Einrichtung eines Kompensationsfonds zu ergreifen, und sich für den Schutz der Menschenrechte in Lateinamerika einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/3214 in seiner 89. Sitzung am 16. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/3214 in seiner 74. Sitzung am 16. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/3214 in seiner 71. Sitzung am 16. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/3214 in seiner 72. Sitzung am 16. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 16. Januar 2013

Dr. Egon Jüttner
Berichterstatter

Dr. Rolf Mützenich
Berichterstatter

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Hans-Christian Ströbele
Berichterstatter

elektronische Vorab-Fassung*